

Der Vollzugsdienst

1/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Entweichungen und schwere Übergriffe auf Bedienstete

BSBD machte auf Missstände bereits 2017 aufmerksam

Seite 2

Fahrlässige Tötung und vorsätzliche Beihilfe zum Fahren ohne Führerschein?

Justizvollzugsbedienstete auf der Anklagebank in Limburg

Seite 34

Jugendstrafvollzug: Vorhandene Kapazitäten kurzfristig besser auslasten

Beachtenswerte Studie „Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland“

Seite 54



Mehrere Häftlinge sind zum Jahresbeginn aus der JVA Berlin-Plötzensee ausgebrochen

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 23 dieser Ausgabe

Foto: © BSBD Berlin



Hamburg



Niedersachsen



Thüringen

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Nachruf auf BSBD-Ehrenvorsitzenden Wolfgang Schröder
- 2 Entweichungen und schwere Übergriffe auf Bedienstete
- 3 Moritz Kalisch erster BSBD-Bund Jugendsprecher
- 4 Senioren auf dem dbb Gewerkschaftstag
- 4 BSBD-Seminar: Europa am Wendepunkt?
- 5 Treffen der BSBD-Frauenvertretungen der Bundesländer in Königswinter

LANDESVERBÄNDE

- 6 Baden-Württemberg
- 20 Bayern
- 22 Berlin
- 26 Brandenburg
- 30 Bremen
- 31 Hamburg
- 34 Hessen
- 47 Mecklenburg-Vorpommern
- 51 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 72 Saarland
- 73 Sachsen
- 75 Sachsen-Anhalt
- 77 Schleswig-Holstein
- 80 Thüringen

FACHTEIL

- 85 Zahlung eines höheren kinderbezogenen Anteils im Familienzuschlag
- 92 Begründung des Gesamturteils einer im Ankreuzverfahren erstellten dienstlichen Beurteilung
- 94 Gefangenentelefonie – Bundesverfassungsgericht entscheidet zur Preisgestaltung



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	N. N.	
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 2/2018:

17. April 2018





ZEICHEN DER ZUKUNFT

Festreden und Grußworte vom 18. Delegiertentag in Freiburg

In der Ausgabe 6/2017 des VOLLZUGSDIENST (S. 13f.) haben wir mit dem Abdruck des Festprogramms, mit der Begrüßung der Ehrengäste sowie mit einer Bilderstrecke bereits einen kurzen Überblick gegeben, der zeigen konnte, dass in Freiburg am 20. Oktober 2017 eine großartige und eindrucksvolle Festveranstaltung stattgefunden hat. Wir haben deshalb im Folgenden die zur Eröffnung gehaltene Festrede des Landesvorsitzenden etwas gekürzt und ohne den Begrüßungsteil abgedruckt.

Den Grußworten der Landtagsabgeordneten und der Verbandsvorsitzenden sowie insbesondere der Festrede von Ministerialdirektor Steinbacher – in Vertretung von Justizminister Wolf – haben wir mehr Raum gewidmet, weil sie sehr wichtige zukunftsweisende Beiträge zu unserem erweiterten Motto: GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN darstellen und weil sie uns noch über Jahre hinaus begleiten werden. Es wurden Vorhaben, Konzepte, Ideen zur Gestaltung und Entwicklung eines modernen Justizvollzugs in Baden-Württemberg vorgestellt, die zum Teil bereits in konkret-praktische Maßnahmen eingeflossen sind. Der BSBD hat dies alles mit großer Freude vernommen und wird sich selbstverständlich – soweit möglich und gefordert – an den Verwirklichungen konstruktiv und kritisch beteiligen.

Eröffnungsrede von ALEXANDER SCHMID

Landesvorsitzender des BSBD Baden-Württemberg

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Baden-Württembergs ist mit seinem 18. Delegiertentag zu seinen Wurzeln zurückgekehrt. Zurückgekehrt, weil eben hier in Freiburg im Jahr 1955 in der Gaststätte „Zur alten Burse“ unser Landesverband des BSBD gegründet wurde und weil hier in Freiburg auch der erste Delegiertentag des Landesverbandes Baden-Württemberg im Jahr 1956 stattfand. Seit über 60 Jahren setzt sich der BSBD schon für die zahlreichen und sehr gut begründeten Belange der Bediensteten aller Bereiche des Justizvollzuges ein. Sie sind es nämlich, die den BSBD zu dem machen was er ist, eine Gewerkschaft von Praktikern mit Herz und Seele, die wissen, wovon sie reden, wenn sie den Finger in die sprichwörtliche Wunde legen und konstruktiv Kritik anbringen.

Mehr denn je sind die gesellschaftliche Diskussion und die politische Debatte im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufgeflammt und daher ist dieser Delegiertentag auch so etwas wie eine Standortbestimmung. Eine Standortbestimmung in Bezug auf die Situation des Justizvollzuges in Baden-Württemberg und auf dessen politische Wahrnehmung. Ist es richtig oder falsch vom BSBD, von der Politik und den Medien zu erwarten, den Justizvollzug und seine Bediensteten als eine der tragenden Säulen der Inneren Sicherheit zu sehen und damit verbunden auch zu fordern, dass wir angemessene Investitionen in den Justizvollzug erwarten?

Unser letzter Delegiertentag fand im Jahr 2012 in Schwäbisch-Gmünd statt. Nur fünf Jahre, aber was für fünf Jahre!

Die trügerische Ruhe im Justizvollzug, vor der wir als BSBD immer wieder gewarnt hatten, hatte im Jahr 2014 ein jähes Ende. Zur Jahresmitte gab es zwei Ereignisse, die den Justizvollzug bis heute begleiten und bis heute nachwirken. Wir erinnern uns alle daran, wie im Rahmen eines für unmöglich gehaltenen Gewaltexzesses in der JVA Adelsheim unsere Kolleginnen und Kollegen Opfer von Schlägen und Tritten wurden und teilweise körperliche und seelische Narben davontrugen, die nie verheilen werden. Als ich kurz nach dem Vorfall von dem SPD-Abgeordneten **Sascha Binder** eingeladen wurde, ihn nach Adelsheim zu begleiten, habe ich nicht gezögert und ich erinnere mich noch heute an die besonderen Schilderungen und Blicke, die wir dort antreffen konnten.

Fast gleichzeitig wurden uns allen die Grenzen des Justizvollzuges, so wie wir ihn kennen, mit dem problematischen



Todesfall in der JVA Bruchsal vor Augen geführt.

Doch wir Praktiker vom BSBD wissen, dies war eigentlich nicht eine Frage des Ob, sondern eher des Wann – und leider haben wir Recht behalten. Und doch: diese schlimmen Ereignisse hatten auch eine günstige Auswirkung. Minister **Stickelberger** hatte in der Folge eine Expertenkommission einberufen, die sich intensiv mit den Reformnotwendigkeiten im Justizvollzug gerade in medizinisch-betreuerischer Hinsicht

beschäftigte. Dass der BSBD hierzu mit eingeladen war, ist ein Zeichen der Wertschätzung gewesen, für das wir sehr dankbar sind

Wie sehr wir plötzlich und unvorbereitet von politischen Entwicklungen überrollt werden können, hat uns dann im Jahr 2015 die sogenannte Flüchtlingskrise gezeigt. Zu ihrer Bewältigung hat sie im Anfangsstadium Ressourcen in gigantischem Umfang gebunden. Der Justizvollzug ist seitdem mit einem Anstieg von ausländischer Inhaftierter konfrontiert, der uns neben drängender Enge und damit verbundenem grenzwertigem Stress zu hohen Belastungen für Bedienstete und für Inhaftierte geführt hat. Die Herausforderungen ergeben sich aus der Sprachproblematik, aus religiösen Konfliktstellungen in den Justizvollzugsanstalten und auch aus einer immer weiter ansteigenden Gewaltproblematik. Wer sich die Ergebnisse und Aussagen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Laufbahnen aus der leider noch nicht öffentlichen Mitarbeiterbefragung des Jahres 2016 anschaut, der weiß, wo wir stehen und dass der Weg noch lang sein wird.

Und doch: dieser Delegiertentag steht unter dem positiven und nach vorne gerichteten Motto „Zukunft gestalten!“

- Wir vom BSBD als der Stimme der Bediensteten des Justizvollzuges wollen bei allen kritischen Aspekten, von denen ich einige gerade skizziert habe, unseren Blick nach vorne richten.
- Wir wollen uns nicht bei Kritik oder Pessimismus aufhalten oder gar in Lethargie verfallen.
- Wir wollen ein wertvoller Bestandteil der öffentlichen Verwaltung sein und insbesondere unsere besondere Rolle im Bereich der Thematik Innere Sicherheit ausfüllen.
- Wir wollen echte und gelebte Wertschätzung erfahren dürfen.
- Wir wollen unserem gesetzlichen Auftrag, Inhaftierte sowohl sicher unterzubringen als auch zu resozialisieren, gerecht werden können und dürfen.

Die Zukunft des Justizvollzuges in Baden-Württemberg zu gestalten und nicht nur einen bestehenden Mangel zu verwalten, heißt daher für uns beispielhaft:

- Wir brauchen endlich eine Personalausstattung in den Justizvollzugsanstalten, die sich mindestens am Bundesdurchschnitt orientiert. Es muss doch im Geberland Baden-Württemberg möglich sein, sich wenigstens im noch haushaltsverträglichen Mittelfeld zu bewegen. Daher müssen mittelfristig 300 Neustellen bis 2021 geschaffen werden und die langfristigen Planungen sich auf 500 Neustellen ausrichten.
- Wir brauchen keine neuen Konzepte oder Aufgaben für den Justizvollzug und seine Bediensteten, wenn nicht unmittelbar damit verbunden auch die zusätzlichen Bediensteten dafür vorgehalten werden.
- Wir müssen endlich deutlich attraktiver für mögliche Dienstanfänger werden. Nachdem im Bereich des gehobenen und höheren Dienstes lobenswerter Weise die Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung erfolgt ist, ist es mehr als notwendig, endlich auch die Anwärterbezüge, insbesondere den Anwärtersonderzuschlag, nach oben zu korrigieren und damit den Einstieg in den mittleren Dienst positiv zu gestalten.
- Es ist fast schon beschämend, dass wir im Bereich der Stellenobergrenzen im mittleren Dienst noch nicht einmal die eh schon geringen Obergrenzen von 40 % in der Besoldungsgruppe A 9 erreichen. Dies habe ich auch sehr deutlich bei allen Landtagsfraktionen in den letzten Monaten dargestellt. Ich sage ganz offen: wenn wir es nicht jetzt schaffen, hier das Ruder herum zu reißen und schrittweise die 70 %, die bei der Polizei so gar kein Problem sind, zu erreichen, dann werden wir vor einem künftigen Problemberg oder Scherbenhaufen stehen.
- Es muss sich auch im Justizvollzug zukünftig lohnen, Führungskraft zu sein. Wir müssen bei allem Bestreben, im großen Bereich der mittleren Dienste Verbesserungen zu erzielen, immer auch im Auge behalten, dass die Führungsebenen des gehobenen und höheren Dienstes, bis hin zu den Anstaltsleitungen, im Gleichklang mit entwickelt werden müssen. Es gilt das fragile Gesamtgebilde umfassend und keinesfalls einseitig zu entwickeln.
- Es gilt einige Fehler der Vergangenheit konsequent und zeitnah zu beseitigen. Hierzu zähle ich auch die unsoziale und mehr als schmerzhaft Absenkung der Beihilfe für Dienstanfänger von 70 % auf 50 %, die sich in der Summe bei der Kollegin in A 7 genauso auswirkt wie bei dem Kollegen in B 3. So etwas nenne ich soziale Disbalance und so etwas gehört jetzt korrigiert.
- Wir erteilen der Bürgerversicherung eine klare Absage. Wenn etwas verändert werden soll, dann sollte eher die ernsthafte Prüfung der Freien Heilfürsorge auch für den Bereich des Justizvollzuges stattfinden. Mindestens jedoch erwarten wir zeitnah die Einführung von präventiven Kuren für den Bereich der Schicht- und Wechseldienste – analog zur Polizei, weil wir es leid sind, hier Beamte zweiter Klasse zu sein. Justizbedienstete wollen gerecht behandelt werden.

Wir erwarten also viel von der Politik, aber wir sind auch bereit, viel zu geben. Wir sind bereit, jeden Tag rund um die Uhr, an Wochenenden genauso wie an Weihnachten oder Sylvester, dafür Sorge zu tragen, dass die Gesellschaft ruhig schlafen kann, weil wir Straftäter sicher verwahren. Wir sind bereit, täglich im Umgang mit oft hochproblematischen aggressiven Inhaftierten für kleines Geld im mittleren Dienst den Kopf sprichwörtlich hinzuhalten, weil wir weiter daran glauben möchten, dass dies eine lohnende Tätigkeit für

die gesamte Gesellschaft darstellt. Wir sind bereit, daran zu arbeiten, dass im Vollzug der Freiheitsstrafe, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen, sich etwas zum Positiven bei den Menschen verändert, am Ende beide Seiten gewinnen und sich respektvoll in die Augen schauen können.

Lassen Sie uns also gemeinsam an diesen Zielsetzungen arbeiten, jeder an seiner Stelle und in seinem Verantwortungsbereich, denn ich will weiter zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Justizvollzug daran glauben, dass unser aller Beitrag für die Gesellschaft wertvoll ist und bleibt.

Wir sind dazu bereit, meine sehr geehrten Damen und Herren aus der Landespolitik. Aber Sie entscheiden mit Ihrer Bereitschaft zu notwendigen politischen Entscheidungen für eine stabile innere Sicherheit, auch im Justizvollzug, und für die praktische Umsetzung des gesetzlichen Resozialisierungsauftrags. Damit wäre auch dem deutlich geäußerten Wunsch der Gesamtgesellschaft Rechnung getragen.

Ich bin gespannt, was wir dazu hören werden.

Die Video-Aufzeichnung der gesamten Festansprache des Landesvorsitzenden Alexander Schmid wird voraussichtlich auf unsere Homepage eingestellt und dort über einen Link abrufbar sein. als/wok

Grußwort von MATTHIAS MÜLLER

Leiter des Rechtsamts der Stadt Freiburg

Der Rechtsamtsleiter **Matthias Müller** begrüßte sehr herzlich die **BSBD-Delegierten** sowie namentlich ihre Ehrengäste und hieß sie – auch im Namen von **Oberbürgermeisters Dr. Dieter Salomon** – in seiner schönen Stadt im Breisgau ebenso herzlich willkommen. Einen Extra-Gruß richtete er an alle Bediensteten des Justizvollzuges. Dem Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** gratulierte er zu seinem außerordentlich beeindruckenden Wahlergebnis.



In seinem Grußwort ging Herr **Müller** auf die – auch von **Alexander Schmid** erwähnte – besondere Lage der JVA Freiburg ein: Alle wüssten, dass die Anstalt im Herzen der Stadt liege. Und er könne versichern, dass die allermeisten Freiburger Bürgerinnen und Bürger dies nicht als Makel empfänden, sondern als ganz natürlich. Er selbst wohne auch in dieser Gegend und seine beiden Kinder hätten schon früh gefragt, was das denn für hohe Mauern seien. Für seine Erklärung seien zugegebenermaßen einige kindgerechte Analogien zum Räuber Hotzenplotz erforderlich gewesen, aber seine Kinder hätten so schon früh erfahren, dass zu diesem innerstädtischen Ort, zu dieser Gesellschaft, in der sie leben, nicht nur Spielplätze, sondern auch Gefängnisse gehören. Und gleichzeitig zeige dieser natürliche Umgang mit der Anstalt nichts besser als der Spielplatz an der Nordseite der mächtigen Gefängnismauer, der von Eltern und Kindern sehr gerne und rege genutzt wird. Diese Natürlichkeit auf Seiten der Freiburgerinnen und Freiburger sei aber vor allem einer Personengruppe zu verdanken, nämlich den Bediensteten des Freiburger Strafvollzugs, die eine ganz hervorragende Arbeit leisteten. Und er sei sich sicher, dass dies nicht nur hier gilt, sondern für alle Justizvollzugsanstalten des Lan-

des, wo eine ganz herausfordernde Arbeit zu bewältigen sei. In der jüngeren Vergangenheit habe sich die gute Arbeit in Freiburg an dem vielfach öffentlich diskutierten Thema der Sicherungsverwahrung gezeigt. Die Sachlichkeit, die Selbstverständlichkeit, mit der diese Problematik von den Freiburger Bediensteten behandelt worden sei, habe es ermöglicht, dass in der Stadt ein Klima entstehen konnte, in dem nichts unnötigerweise skandalisiert werde und das gleichzeitig eine gewisse Ruhe für die Arbeit im Strafvollzug erzeugt habe.

Im Folgenden ging Rechtsamtsleiter **Müller** noch auf die gegenwärtigen Herausforderungen im Justizvollzug ein – wie Überbelegung, Zunahme von psychisch auffälligen Gefangenen und solchen mit Migrationshintergrund sowie von zunehmender Respektlosigkeit gegenüber Bediensteten und Konflikten unter Gefangenen. Ihm sei klar, dass damit auch Fragen nach dem Personalbedarf aufgeworfen würden. Umso wichtiger sei es, dass hierzu Gesprächsformate verfügbar seien, in denen die bedeutenden Perspektiven der Praktiker, der Bediensteten vor Ort ausreichend Beachtung fänden.

In diesem Sinne wünschte er dieser wichtigen **BSBD**-Tagung in Freiburg eine gute Gesprächsatmosphäre mit offenen, ehrlichen und aufrichtigen Beiträgen, die in gleicher Weise von der Politik aufgenommen werden. Und – so wörtlich: „Denn nur wenn die Themen des Strafvollzugs zu Themen von uns allen werden, ist diese Natürlichkeit im gesellschaftlichen Umgang mit dem Strafvollzug zu erreichen, den wir in Freiburg seit Jahren erleben.“

Der BSBD dankt Herrn Matthias Müller für diese anschauliche Schilderung einer gelungenen sozial-kommunalen Inklusion eines Gefängnisses.

Grußwort von **JÜRGEN FILIUS** MdL (GRÜNE)

Der Abgeordnete **Filius** bedankte sich für die Einladung zum 18. **BSBD**-Landesdelegiertentag und überbrachte die besonderen Grüße seines Fraktionsvorsitzenden **Andreas Schwarz**. Auch er gratulierte im Namen seiner Fraktion dem wieder gewählten Landesvorsitzenden **Schmid** zu seinem überwältigenden Ergebnis und er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit mit ihm. Einen besonderen Dank sprach er als Strafvollzugsbeauftragter an alle Bediensteten im Vollzug aus, die tagein tagaus ihren verantwortungsvollen und wichtigen Dienst mit hohem Engagement ausübten. Der Justizvollzug habe in der Vergangenheit erhebliche Veränderungen erfahren. Neben der im Vordergrund stehenden Resozialisierung der Gefangenen gäbe es viele aktuelle Probleme zu bewältigen. **Jürgen Filius** nannte dazu den **Sanierungsstau** in den Anstalten, die erforderlichen Neubauten von Vollzugseinrichtungen, die Schaffung neuer Stellen zur Behebung des **Personalmangels** und die Steigerung der **Attraktivität des Berufs** der Vollzugsbeamten und Vollzugsangestellten.

Auch der Abgeordnete der **Grünen** empfand das Jahr 2014 mit dem Todesfall eines Gefangenen als Zäsur in der politischen Entwicklung und im Stellenwert des Strafvollzugs. Es sei sehr deutlich geworden, dass sich die Wahrnehmung des Strafvollzugs in Regierung und Landtag grundlegend gewandelt habe. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen



Gefangenen. Nunmehr sei hierzu nachfolgend von den Fraktionen der **Grünen** und der **CDU** die **Arbeitsgruppe Moderner Strafvollzug** eingerichtet worden, in der die Ideen der Expertenkommission nicht nur fortgesetzt, sondern auf den gesamten Strafvollzug des Landes ausgeweitet würden. Für die sehr gedeihliche Arbeit in dieser Gruppe sei er sehr dankbar, dass gerade der **BSBD** sein kompetentes praktisches Expertenwissen und vor allem Basisinformationen einbringe, was bisher zu einem beachtlichen Katalog von konkreten Maßnahmen für den gesamten Vollzug in Baden-Württemberg geführt habe. Dabei sei besonders der Einsatz von **Alexander Schmid** hervorzuheben.

Weiter ging der Abgeordnete **Filius** auf die gegenwärtig laufenden Beratungen zum **Doppelhaushalt 2018/2019** ein. Hier verwies er auf einige Ansätze und feste Einplanungen – wie den Zugang von neuen Personalstellen, den Neubau der **JVA Rottweil** und eines Justizvollzugskrankenhauses in **Stuttgart-Stammheim**.

Man sehe also, dass es den **Grünen** ein großes Anliegen sei, den Justizvollzug im Lande modern zu gestalten und die Interessen der Bediensteten wahrzunehmen.

Er freue sich und sei dankbar, dass zu diesen Fortschritten auch der **BSBD** einen ganz wesentlichen Beitrag leiste. Er wünsche der Tagung noch einen schönen Verlauf.

Grußwort von **KARL ZIMMERMANN** MdL (CDU)

Der Abgeordnete **Karl Zimmermann** – vielfach als „Jimmy“ bekannt und geschätzt im Strafvollzug – begrüßte alle Anwesenden, teils mit persönlichen jovialen Anmerkungen, und überbrachte die besten Grüße seines Fraktionsvorsitzenden **Prof. Dr. Wolfgang Reinhard**. Ebenso grüßte er herzlich von Justizminister **Guido Wolf**, der zur gleichen Zeit ein neues großes Hafthaus in der **JVA Stuttgart** vom Finanzministerium übergeben bekomme



In seinem weiteren, teils launigen Grußwort thematisierte der Abgeordnete einige umstrittene Themen.

So holte er, der schon seit 2001 Strafvollzugsbeauftragter der **CDU** ist, seinen alten Gedanken der „**Haftverbüßung in der Heimat**“ wieder hervor. Wenn der Anteil der ausländischen Gefangenen von ehemals etwas mehr als 30 Prozent nunmehr seit 2015 auf knapp 50 Prozent angestiegen sei, könne auch diese Idee wieder aufgegriffen werden.

Der auch als „Mister Gitterzulage“ bekannte Abgeordnete, der maßgeblich an der jahrelang hängenden Anpassung dieser Zulage an die Polizeizulage beteiligt war, griff dann die Debatte um „**Beihilfe**“ versus „**Freie Heilfürsorge**“ auf. Die Absenkung der Beihilfe auf 50 Prozent würde bei den Vollzugsbediensteten ein sehr spürbares Loch in die Familienkasse reißen. Mit deren Übernahme in die Freie Heilfürsorge könnte dieses Loch gestopft werden – er werde deshalb an dieser Sache dran bleiben.

Schließlich bestimmte er noch seinen Standort zu den Justizministern aus seiner 16-jährigen Zeit als Strafvollzugsbeauftragter. So habe er zu allen Ressortchefs stets ein gutes kollegiales, ja freundschaftliches Verhältnis gehabt, auch wenn es um strittige Fragen ging. Seine positive Haltung zu Justizminister **Stickelberger (SPD)** in dessen schwieriger

Lage nach dem August 2014 habe ihm in seiner Fraktion nicht nur Zustimmung eingebracht; er habe aber unbeirrt an seinem Standpunkt festgehalten.

Den jetzigen **Justizminister Guido Wolf (CDU)** hält der Abgeordnete als Glücksfall für die Justiz allgemein und für den Justizvollzug. Selbst die anfängliche Kritik wegen den zusätzlichen Zuständigkeiten für Europa und vor allem für Tourismus sei nun einer hohen Anerkennung gewichen. Justizminister Wolf zeige hohen Einsatz, er habe gute Ideen und er besitze bemerkenswerte Durchsetzungskraft. So könne sich der Justizvollzug auf ihn sicher verlassen.

Grußwort von **SABINE WÖLFLE** Mdl (SPD)

Die Abgeordnete **Sabine Wölfle** begrüßte und beglückwünschte herzlich den Landesvorsitzenden **Schmid**, die Ehrengäste und ihre Landtagskollegen sowie die **BSBD**-Delegierten und alle Bedienstete in den Justizvollzugsanstalten. Besondere Grüße richtete sie aus von ihrer Landtagsfraktion, deren Vorsitzenden **Andreas Stoch** Mdl und vornehmlich vom **rechtspolitischen Sprecher Sascha Binder** Mdl, der schon sehr häufige Kontakte mit dem **BSBD** und dessen Landesvorsitzenden hatte. Er könne allerdings wegen Verpflichtungen im Untersuchungsausschuss (**NSU**) nicht zu dieser wichtigen Tagung kommen.



Mit ihrem Grußwort stieg sie ein in die aktuellen Probleme des Justizvollzugs – wie Überbelegung, die steigende Anzahl von psychisch auffälligen und von ausländischen Gefangenen mit erheblichen Sprachproblemen sowie die Zunahme der Gewaltbereitschaft gegenüber den Bediensteten. Diese Liste der bekannten und neuen Herausforderungen im Strafvollzug ließe sich beliebig fortsetzen. So meisterten die Bediensteten tagtäglich nicht nur eine sehr schwierige, sondern auch eine gefährliche Aufgabe. Doch hierfür nur großen Dank zu sagen, reiche nicht aus. Der Vollzug, der bei den aktuellen Sicherheitsdebatten allzu oft im **Schatten anderer Sicherheitsbehörden** stünde, hätte wegen seiner Bedeutung die breite Unterstützung der Politik und der gesamten Gesellschaft verdient. Der hohe Stellenwert des Justizvollzugs sei durch die im Jahre 2014 von Justizminister **Stickelberger** ins Leben gerufene Expertenkommission wieder viel stärker in den Fokus gerückt worden.

Dass die **grün-schwarzen** Fraktionen nunmehr diese Idee mit einer Arbeitsgruppe Moderner Strafvollzug weiterführen würden, werde auch von der **SPD** begrüßt. Sie hätten sich aber gewünscht, dass auch diese Gruppe fraktionsübergreifend besetzt worden wäre, denn die Erfahrung mit den **Empfehlungen der Expertenkommission** hätten gezeigt, dass der Justizvollzug immer dann ein offenes Ohr fände, wenn alle demokratischen Fraktionen an einem Strang ziehen würden.

Im Weiteren gab **Sabine Wölfle** der Hoffnung Ausdruck, dass sich die Ergebnisse der Arbeitsgruppe nun auch im Doppelhaushalt abzeichnen sollten. Dabei ginge es der **SPD** nicht nur um Stellenvermehrungen, sondern ebenso um die finanziellen Rahmenbedingungen durch Stellenhebungen und eine Steigerung der Attraktivität für Bewerber durch Erhöhung des Anwärtersonderzuschlags auf 70 Prozent sowie der Wegfall der Altersbegrenzung bei 26 Jahren.

Denn ohne wirksame qualitative Maßnahmen könnten die dringend erforderlichen neuen Stellen nicht mit Köpfen besetzt werden. Leider seien diesbezügliche **SPD**-Anträge bei den Haushaltsberatungen ohne Erfolg geblieben.

Abschließend wünschte die Abgeordnete **Wölfle** – erinnernd an zurückliegende Gespräche des **BSBD** mit Fraktionsvorsitzenden **Andreas Stoch** Mdl und **Sascha Binder** Mdl – weitere Begegnungen miteinander und eine konstruktive Zusammenarbeit.

Grußwort von **RENÉ MÜLLER** Bundesvorsitzender des **BSBD**

BSBD-Bundesvorsitzender **Müller** begann sein Grußwort natürlich mit den herzlichsten Glückwünschen an den Landesvorsitzenden und den gesamten Landesvorstand für die erzielten überragenden Wahlergebnisse vom Vormittag. Er hielt diese auch für verdient, denn wenn er die Arbeit der Vollzugsgewerkschaft in Baden-Württemberg angemessen würdigen könnte, würde er dem Landesvorstand und den **BSBD**-Mitgliedern hier im Lande den „Schwarzen Gürtel im Kampfsport“ verleihen – und zwar den Schwarzen Gürtel im positiven Denken. Denn diese Sportart setzt Respekt voraus, Fairness mit seine Partnern und Gegnern, Mut und Kampfeswillen und vor allem eine gehörige Portion Optimismus bei der geistigen Arbeit – und das tagtäglich!

Es sei schon sehr viel zum Justizvollzug gesagt worden und er stelle fest, dass die Schwierigkeiten im Justizvollzug im Bund und in den Ländern sich vielfach gleichen und kaum unterscheiden würden. Er möchte dennoch einige Punkte ansprechen und ein Abbild dessen geben, wie es im **Justizvollzug bundesweit** aussehe.

Folgende Themen rief er auf, die wegen ihrer bemerkenswerten Dichte hier nur stichwortartig wiedergegeben werden können:

- Personalzugänge in vielen Ländern, mit einer Gesamtzahl von etwa 2.200 bis 2.300 Stellen,
- steigende Bevölkerungszahlen durch Flüchtlinge und Zuwanderer mit erheblichen Auswirkungen auf die Belegungszahlen in den Justizvollzugsanstalten.

Die damit zusammenhängenden Probleme seien teilweise erkannt, aber überwiegend noch nicht gelöst: wie z.B. hohe unrealistische Erwartungen bei den Ankömmlingen und nachfolgende Enttäuschung, sehr unterschiedliche Kulturen und Werthaltungen, Streben nach gesellschaftlich anerkannten Konsumzielen mit illegalen Mitteln, Missdeutung religiöser Gebote für Angriffe auf bestehende Systeme. Die **Auswirkungen auf den Justizvollzug** lägen klar auf der Hand:

- Überbelegung, insbesondere in Bundesländern mit Außen- grenzen,
- eklatanter Personalmangel,
- hohe Verständigungsschwierigkeiten,
- ansteigende Gewaltbereitschaft (*die er mit einer Reihe von Beispielfällen belegte*),
- Übernahme fachfremder Aufgaben z.B. Unterbringung von Gefährdern und Abschiebehäftlingen im Vollzug.

Hinzu kommen **unzureichende Rahmenbedingungen**:

- uneinheitliche Gesetzeslagen,



- nicht vergleichbare Statistiken,
- minimale Budgets für den Justizvollzug.

Im Folgenden ging **René Müller** ausführlich auf die vielfältigen Ausprägungen von **Extremismus und Radikalismus** ein, wobei er ebenso Rechtsradikale wie kriminelle Banden (Rocker) mit einschloss. Gerade für diese Personenkreise mit eigenständigen und abwegigen Regelungssystemen – mit „Paralleljustiz“ – fehle es an Behandlungs- und sogar an Unterbringungskonzeptionen. So seien ihre Einflüsse, Indoktrinationen und Übergriffe auf andere Gefangene kaum zu verhindern, ja sie würden wegen des erheblichen Personalmangels vielfach nicht einmal bemerkt. Folge sei: die Sicherheit nach innen wie nach außen sei gleichermaßen in Gefahr.

Zum Abschluss seines Grußwortes richtete der **BSBD-Bundesvorsitzende** einen eindringlichen **Appell an die Politiker**:

- bundeseinheitliche Vollzugsgesetze wie vor der Föderalismusreform,
- völliger Einbezug des Vollzugs in die Konzepte zur Inneren Sicherheit,
- Attraktivitätssteigerung zur Personalgewinnung,
- Fortbildung und Trainings zum Selbstschutz für Bedienstete,
- Abkehr von der fiskalischen Betrachtungsweise des Justizvollzugs.

Denn: wer in die Sicherung der Vollzugsanstalten, in das Vollzugspersonal, in die Resozialisierung investiere, der investiere in die Sicherheit der Bevölkerung.

In diesem Sinne wünsche er dem Landesverband Baden-Württemberg viel Erfolg, hohes Durchhaltevermögen und Optimismus – im Sinne des „Schwarzen Gürtels“.

Grußwort von VOLKER STICH

Landesvorsitzender des BBW

Volker Stich begann seine Rede mit dem besten Dank für die Gelegenheit, nochmals zu den **BSBD-Delegierten** reden zu können, da es vermutlich sein letzter öffentlicher Auftritt bei einer Fachgewerkschaft unter dem Dach des **BBW** sein dürfte. Deshalb gratuliere er auch herzlichst dem Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** und seiner Mannschaft für sein überragendes Wahlergebnis, das ganz klar zeige, wie geschlossen die Kolleginnen und Kollegen hinter ihrer Gewerkschaft stünden. Er erkenne an, dass der Vorsitzende beste Arbeit leiste – und deshalb habe er sich sehr gefreut, dass **Alexander Schmid** erklärt habe, demnächst für die Landesleitung des **BBW** kandidieren zu wollen. Er wäre genau der Richtige zur Stärkung der **BBW-Landesleitung**.

Im Folgenden behandelte **Volker Stich** aus seinem reichen Fundus eine Reihe von Themenkomplexen, die hier nur mit ihren eindrucksvollen Kernaussagen wiedergegeben werden können.

Dem Justizvollzug zugewandt, meinte er, dass der Blick eines Außenstehenden in die dortigen Arbeitsverhältnisse klar darlege, dass vieles im Argen liege und zu beheben sei. Er nannte Zahlen zu:

- Abbau an Haftplätzen mit 10 %, damit verbunden
- Abbau von Personal,
- dramatische Zunahme der Gefangenzahlen, seit anderthalb Jahren um 13 % – ohne Personalvermehrung.

Unter diesen Voraussetzungen liege für ihn klar auf der Hand, dass es gar keinen Streit um 60, 150 oder 220 Neustellen geben dürfe, denn – wie in anderen Ressorts wie z.B. bei der Bildung üblich – müsste bei rund 4.000 Beschäftigten im Justizvollzug dann logischerweise der höhere Gefangenenanteil auch als Richtwert – also mindestens 10 % – für den **Stellenzugang** gelten.

Kollege **Stich** gab seiner Freude Ausdruck, dass das zentrale Thema, wofür die Vollzugsbediensteten stehen – nämlich die **Sicherheit**, nunmehr in der Gesellschaft angekommen sei. Dies habe zu einer ganz anderen Wahrnehmung und Einordnung der schwierigen Situation des einzelnen Bediensteten geführt, so dass auch Lösungsansätze zu diesen Kernfragen des Beamtentums erwartet werden könnten. Damit sei auch die sich nun verbessernde Wertschätzung verbunden, an der es zuvor über viele Jahre hinweg sehr gemangelt habe. Die Beamten und Beamtinnen würden nicht mehr nur als Kostgänger gesehen, sondern nunmehr in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit. Mit dazu beigetragen habe auch die Bewältigung der Flüchtlingskrise durch den hohen Einsatz eines funktionierenden öffentlichen Dienstes.

Anschließend wandte sich **Volker Stich** **beamten- und besoldungsrechtlichen Fragen** zu:

- neuer Arbeitsstil und positive Gesprächskultur seit 2016 mit der neuen Landesregierung,
- Beteiligung des Beamtenbundes und frühe Anfragen bei Entscheidungen,
- diesjährige Einkommensrunde mit inhaltsgleicher sowie zeitnaher Übernahme des Tarifabschlusses und Einführung eines BW-Bonus, auch für Pensionäre,
- Rücknahme der Absenkungen bei den Eingangsbesoldungen,
- gesetzliche Änderung der als nicht verfassungsgemäß beurteilten zeitverzögerten sozialen Staffelung für verschiedene Besoldungsgruppen – mit dem letztendlich errungenen Ergebnis: „Niemand hat weniger, aber alle am Ende etwas mehr.“
- allgemein: in Zeiten politischer und gesellschaftlicher Umbrüche in der Welt und auch bei uns müsse der öffentliche Dienst mit seinen Beamtinnen und Beamten demokratische Grundwerte und Errungenschaften verteidigen und erhalten.

Zum Abschluss seines Grußwortes sprach der **BBW-Vorsitzende** noch einige Felder an, wo er dringenden Handlungsbedarf sehe:

- Wie finden wir noch ausreichend qualifizierten Nachwuchs – sind neben der Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung weitere Maßnahmen – so im Beihilfebereich – erforderlich?
- Ist die Beamtenbesoldung und -versorgung in Baden-Württemberg noch verfassungsfest? – besonders Hinblick auf die vom BVerfG festgelegten Kriterien zu den Abstandsgeboten bezüglich anderer Einkommensstrukturen und in Bezug auf das Gutachten von Frau Prof. Färber, das der **BBW** demnächst veröffentlichen werde?

(Dies beträfe insbesondere den mittleren Dienst, der ja im Justizvollzug mit über 80 % noch weit verbreitet sei und wo die Kolleginnen und Kollegen mit ihrem Einkommen nicht gerade gesegnet seien. Hier und auch im gehobenen Dienst seien Anhebungen der Eingangsstufen dringend geboten.)

- Wie gehen wir mit den Unterschieden zwischen Beamten und Angestellten bei der **Wochenarbeitszeit** um – gekoppelt mit der Frage nach Lebensarbeitszeitkonten?

Der **BBW-Vorsitzende Volker Stich** wünschte der starken Gewerkschaft Strafvollzug weiter ein kraftvolles Wirken in der Familie des **BBW** und im Verbund mit den anderen Fachge-



werkschaften, denn der **BBW** könne nur so gut sein wie die Summe der Einzelgewerkschaften. Und da alle an einem Strang gezogen hätten, sei viel erreicht worden. Er hoffe und wünsche, dass er aus dem Abstand des ihm nun drohenden Ruhestandes noch Entwicklungen erleben werde, die sein Herz erfreuen könnten.

Festrede von **ELMAR STEINBACHER**

Ministerialdirektor im Ministerium der Justiz u. für Europa

Der Amtschef des Justizministeriums begrüßte zu Beginn seiner Festrede die Ehrengäste aus Politik und Verbänden sowie seine Kolleginnen und Kollegen aus dem Justizvollzug. Er schloße sich natürlich den Vorrednern an und beglückwünsche sehr herzlich **Alexander Schmid** zur Wiederwahl als Landesvorsitzender des baden-württembergischen **BSBD** mit einem überzeugenden, ja brillanten Ergebnis. Er möchte sagen: „100 Prozent **Schmid** in Freiburg und neue Hafthäuser in Stuttgart ist ein guter Tag für den Justizvollzug im Lande!“ Er beglückwünsche auch die Kollegen des Landesvorstandes zu ihren ebenfalls eindrucksvollen Wahlergebnissen. Man habe über die Jahre stets eine gute konstruktive Zusammenarbeit gepflegt und er freue sich, dass man diese nun fortsetzen könne.



Er übermittle auch die herzlichsten Grüße von **Minister Guido Wolf**, verbunden mit dessen bestem Dank für die gute Arbeit im Justizvollzug. Er wäre sehr gerne hier dabei gewesen, aber der Vollzug habe nun mal gleichzeitig eine Konkurrenzveranstaltung des Finanzministeriums, bei der in Stuttgart 559 neue moderne Haftplätze mit Investitionen von 57 Mio. Euro an **Minister Wolf** übergeben würden.

Mit einem kurzen **historischen Rückblick** auf über 60 Jahre **BSBD** in Baden-Württemberg setzte **Elmar Steinbacher** seine Rede fort. Wie auch der Landesvorsitzende erwähnt habe, hätten 1955 eine Gruppe von Gefängnisbeamten – passenderweise hier in Freiburg – den Landesverband gegründet und rasch hätten sich in der Folgezeit Ortsverbände im ganzen Land gebildet. In all diesen Jahrzehnten sei der **BSBD** immer ein konstruktiver, aber auch ein kritischer Begleiter gewesen.

Themen und Anliegen habe es stets gegeben, aber sie hätten sich – wie unsere Gesellschaft auch – im Laufe der Zeit eben geändert. Eine maßgebliche Zäsur sei sicher das Inkrafttreten des **Strafvollzugsgesetzes am 1. Januar 1977** gewesen, das neben der Sicherheit die Resozialisierung in den Mittelpunkt stellte und so die Aufgaben der Vollzugsbediensteten geradezu radikal umgestaltet habe. Diese Grundausrichtung wurde dann im Justizvollzugsgesetzbuch BW im Jahre 2010 aufgegriffen und zugleich fortentwickelt. Dies alles sei ein permanenter Prozess, der ganz aktuell mit der Arbeitsgruppe Moderner Strafvollzug wirksam und zukunftsweisend geformt werden solle.

Der Festredner widmete sich sodann mit ebenso reichhaltigen wie praxisorientierten Inhalten den gegenwärtig drängenden Fragen des Justizvollzugs – unter der Prämisse: welche Rahmenbedingungen, welche Ressourcen sind notwendig, damit der Justizvollzug seine Aufgaben wirksam erfüllen könne. Die heutigen Stichworte drehten sich um Belegungsdruck, babylonische Sprachverwirrung, islamistische

Gefährder, psychisch auffällige Gefangene, Suizidprophylaxe u.a.m. Beim Gedanken an die Bewältigung dieser Herausforderungen käme man schnell zu dem Schluss: Justizvollzug ist ein **personalintensives Geschäft** – und er ist immer nur so gut, wie ausreichend fähiges Personal vorhanden sei. Dies wisse man und dazu stehe man auch im Ministerium. Und es sei in dieser Legislaturperiode auch schon einiges erreicht worden.

Um sich an den bekannten „Zahlenspielen“ beteiligen zu können, wies Herr Steinbacher auf die 67 Neustellen aus 2017 und die nunmehr schon von den Abgeordneten fast beschlossenen 151 Zusatzstellen in 2018/2019 hin, wobei er sich insbesondere über die parteiübergreifende Unterstützung aus dem Landtag freue. Damit sei er schon nahezu genau bei der vom **BSBD**-Landesvorsitzenden angesteuerten Zahl von 220 Stellen. Dass sich dies – mit einem Volumen von 11 Mio. Euro – einvernehmlich mit den demokratischen Fraktionen so rasch umsetzen ließe, habe sich in der Vollzugspraxis wohl niemand träumen lassen. *(Hier stimmte der BSBD-Landesvorsitzende aus dem Publikum zu, aber auch der Anteil des BSBD scheint hier unverkennbar. Red.)*

Würde sich die bedenkliche Entwicklung bei den Gefangenzahlen fortsetzen, was zu befürchten sei, würde sich **Minister Wolf** für eine entsprechende Personalverstärkung im Rahmen des nächsten Doppelhaushalts 2020/2021 nachdrücklich einsetzen. Damit seien sie – bei der von **Alexander Schmid** heute auf 300 zusätzlichen Stellen hochgelegten „Latte“ – in der Zielvorstellung doch sehr nahe beieinander. Es gelte aber auch, dass qualifizierte Bedienstete erst einmal gefunden und ausgebildet werden müssten, um am Ende des Tages für die Zukunft gut aufgestellt zu sein.

Personal sei sicher der zentrale Punkt – daneben aber auch die **angespannte Belegungssituation**. Bei seinen Besuchen in den Anstalten seien besonders die alltäglichen einfachen Verrichtungen aufgefallen, die mit zunehmender Enge immer schwieriger werden und zu konfliktträchtigen Situationen unter Gefangenen oder gegenüber Bediensteten führen. Er habe dabei aber auch eine beachtliche Solidarität unter den Anstalten erfahren, die untereinander Belegungsspitzen ausgeglichen und Gefangene außerhalb ihrer Planzuständigkeit aufgenommen hätten. Diese gegenseitige Unterstützung sei zwar gut, könne aber keine dauerhafte Lösung sein.

Hierzu bedürfe es kontinuierlicher **Investitionen** in die Schaffung neuer und ausreichender Haftplätze, womit Herr **Steinbacher** das ebenso notwendige wie kostspielige Kapitel von **Anstaltsneubauten** aufschlug. Ein Beginn sei gemacht: mit 60 Plätzen in der JVA Heilbronn und heute mit 559 Plätzen in Stuttgart, die allerdings Ersatz für den Altbau seien, der aber teilweise und vorübergehend weiter betrieben werden müsse. Eine wirklich dauerhafte Lösung könne nur der Neubau einer Justizvollzugsanstalt sein – und die Antwort darauf laute: Neubau der **Anstalt in Rottweil**. Nach langer Suche sei endlich die Standortfrage – mit mehreren Bürgerbeteiligungen – geklärt, der ausgeschriebene Architektenwettbewerb sei am Laufen und im Dezember (2017) tage erstmals das Preisgericht zu den – wie man hört – sehr guten Entwürfen. Ziel sei nun, mit Blick auf den Landtag, diese Baumaßnahme im Haushalt 2020/2021 zu etatisieren und dann unverzüglich mit dem Neubau zu beginnen.

Ein weiteres großes Bauprojekt der Justiz im Lande beträfe den **Neubau eines Justizvollzugskrankenhauses**, denn wer das alte Krankenhaus kenne, der unterschreibe ohne weiteres, dass hieran kein Weg vorbeiführe. Ein Standort sei auf dem Gelände der JVA Stuttgart schon gefunden, zumal man sich dort gute Synergien versprechen könne. Die Planungen für die Schaffung von 205 Haftplätzen, vornehmlich

für psychiatrische Behandlungen, seien schon weit gediehen und nach dem heute vernommenen Signal von Herrn **Filius** (MdL) sei er sehr zuversichtlich, dass noch in dieser Periode für den Krankenhausneubau eine Etatisierung gelingen könne. Damit wäre ein zentraler Baustein – auch im Sinne der Expertenkommission – geschaffen.

Als weiteren Punkt seiner Festrede rief Ministerialdirektor **Steinbacher** die **steigende Zahl ausländischer Gefangener** auf. Zum Stichtag 1. März 2017 seien in den Gefängnissen des Landes 3.355 ausländische Gefangene aus 96 Nationen untergebracht gewesen, dies sei ein Anteil von 46 %, und in Untersuchungshaft habe die Zahl zeitweise 74 % (Stammheim) betragen. Er stellte – mit vielen praktischen Beispielen – die herbei entstandenen Schwierigkeiten, die neuen Herausforderungen und auch konkrete Lösungsansätze sowie Konzepte zu folgenden Stichworten vor:

- Verständigungsschwierigkeiten bis hin zur Sprachlosigkeit, mit hohem Konfliktpotential,
- gelungener und bald flächendeckender Einsatz von Videodolmetschern, zunächst mit Fraktionsmitteln und nunmehr im Justizhaushalt verstetigt,
- Erweiterung der Sprachkompetenzen – einschließlich Vollzugsvokabular – bei Bediensteten durch Kursangebote in den Anstalten, besonders in Englisch und Französisch, aber auch Einzelunterricht für andere Sprachen bei Bediensteten mit entsprechend muttersprachlichen Vorkenntnissen,
- Verhinderung von Radikalisierungen in Gefängnissen durch den Einsatz von Strukturbeobachtern zum Erkennen subkultureller Erscheinungen und der Risiken der Indoktrination sowie der Ansteckung durch islamistische und auch andere Extremisten – Prüfung von weiteren Konzepten und Programmen zur Prävention und Deradikalisierung.

Zum Abschluss seiner Rede gab Herr **Steinbacher** Zuversicht und machte Mut: Der Justizvollzug habe eine starken Rückhalt im Landtag und bei der Landesregierung – seine Anliegen würden dort gehört und unterstützt. Der Vollzug habe seine eigene starke Innovationskraft, die Ideen und Impulse kämen aus der Praxis und besonders aus dem **BSBD** – als Ansprechpartner und Teilnehmer bei Experten- und Arbeitsgruppen. Allen Schwierigkeiten zum Trotz würde der **BSBD** aber nicht wehklagen, sondern durch die konstruktive Identifikation mit der eigenen Aufgabe Herausforderungen wirksam angehen. Dafür und für den selbstverständlichen alltäglichen Einsatz mit sehr guter Arbeit spreche er seinen großen Dank gegenüber allen Bediensteten aus. Das Ministerium werde das Seine dafür tun, die Rahmenbedingungen gemeinsam fortzuentwickeln.

Schlusswort von MICHAEL SCHWARZ

Erster stellvertretender Landesvorsitzender

Michael Schwarz dankte zuerst dem Bläserquintett „Brassgeige“ für die wunderbare, Freude spendende musikalische Begleitung der Festveranstaltung. Er verwies sodann auf die vielen Themen, die heute von allen Rednern zu den Schwierigkeiten und Herausforderungen des Justizvollzugs in Baden-Württemberg behandelt und hervorgehoben worden sind. All diese Probleme seien nur mit großen gemeinsamen Anstrengungen zu bewältigen – und er appelliere an die Po-

litiker und an das Justizministerium, den **BSBD**, den sie ja als zuverlässig und innovativ erfahren hätten, bei diesen schweren Aufgaben zu unterstützen. Er bat um entsprechendes gemeinsames Arbeiten.

Einen Wunsch – ein Herzensanliegen möchte er noch äußern: Wie viele neue Stellen auch geschaffen werden, am Ende sollte doch erreicht werden, dass auf den Stockwerken wieder zwei Bedienstete – Kollegin oder Kollege – ihren Dienst zusammen verrichten können. Bei den vielen Erfahrungen mit schwierigen Gefangenen und mit zunehmender Gewaltbereitschaft diene diese Doppelbesetzung nicht nur der gegenseitigen Absicherung, sondern auch der Möglichkeit, durch den Zeitgewinn für Gespräche mit den Gefangenen auf deren Verhalten und somit auf deren Resozialisierung einwirken zu können.



Dann sprach er im Namen des **BSBD-Landesverbandes** seinen großen herzlichen Dank aus:

- an die Dame und Herren Redner aus Politik und Verwaltung,
- an die Ehrengäste, Kollegen und Freunde aus den Anstalten sowie an die Delegierten,
- an die Organisatoren aus Freiburg unter der Federführung der Landesgeschäftsführerin **Barbara Reber** (s. Foto),
- an die freundlichen und fleißigen „dienstbaren Geister“ des Stadthotels.



Er schloss mit dem Hinweis auf vergnügliche Aussichten: Stehempfang im Anschluss sowie Festabend mit Menü und Musik. wkw

Fotos (11): Anna Huber/BSBD LVBW
Hervorhebungen im Text: Red.



Bläserquintett Brassgeige.

<p>Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Vorteilszins für den öffentl. Dienst ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken ■ Baufinanzierungen echt günstig <p>0800 - 1000 500 Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 40 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p>2,77% effektiver Jahreszins</p> <p>5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p>www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH</p> <p>E3, 11 Planken 68159 Mannheim Tel.: (0621) 178180-0 Info@AK-Finanz.de www.AK-Finanz.de</p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</p> <p>Günstiges Darlehen resp. Bsp. 40.000 € Sollzins (eff. gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.</p>
---	--	--	--



Von links: Schmid, Feuerbacher, Schaefer, Rosenberger, Lautensack, Gebele, Brand.

Stellvertretenden Vorsitzenden beitnehmer sein müssen	
Wahlergebnis	Stimme
Brand, Gerhard	147
Freisler, Bernhard	60
Gebele, Michaela	145
Lautensack, Joachim	142
Schaefer, Margarethe	113
Schmid, Alexander	141

Forum am Schlosspark
Ludwigsburg

Die Wahlergebnisse für die Stellvertreter.

Kai Rosenberger zum neuen BBW-Vorsitzenden gewählt

Bericht vom Gewerkschaftstag 2017 des BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN BEAMTENBUNDES

Der BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid ist in die Landesleitung des Beamtenbundes Baden-Württemberg gewählt worden. Der Dachverband des BSBD Baden-Württemberg – der BBW Beamtenbund und Tarifunion – hat am 5. und 6. Dezember 2017 im Ludwigsburger Forum seinen Gewerkschaftstag abgehalten.

Neben zahlreichen Beschlüssen zu fast 200 Anträgen an den Gewerkschaftstag waren schon traditionell die Neuwahlen zu den Spitzenpositionen im Beamtenbund Baden-Württemberg im Fokus des Interesses aller Teilnehmer. Als Nachfolger des ausscheidenden langjährigen BBW-Vorsitzenden Volker Stich wurde mit überwältigendem Votum der Steuerbeamte Kai Rosenberger gewählt.

Der BBW-Vorsitzende wird in der Landesleitung von sechs stellvertretenden Vorsitzenden unterstützt, die vom BBW-Gewerkschaftstag ebenfalls neu gewählt wurden.

Im Amt bestätigt wurden Gerhard Brand (Verband Bildung und Erziehung, VBE), Michaela Gebele (BTB-komba) und Joachim Lautensack (Seniorenverband ö. D. BW).

Neu im Gremium sind Jörg Feuerbacher (Deutsche Steuergewerkschaft, DSTG), Margarete Schaefer (Berufsschullehrerverband BLV) und Alexander Schmid (Gewerkschaft Strafvollzug, BSBD).

Damit ist erstmalig mit Alexander Schmid ein Vertreter der Justiz in diesem Spitzengremium des Beamtenbundes vertreten. Sehr erfreulich ist,



BSBD-Landesvorsitzender Schmid stellt sich vor.

dass mit Andreas Rothböck als Kassensprüfer ein weiteres BSBD-Vorstandsmitglied zukünftig im BBW Verantwortung übernehmen wird.

Der BSBD war bei diesem Delegiertentag mit zahlreichen Mitgliedern vertreten. So waren Barbara Reber, Georg Konrath, Andreas Rothböck, Frank Maertins, Lars Rinklin sowie Alexander Schmid als Delegierte des BSBD anwesend und die Kollegen Detlef Hamacher (für den Regierungsbezirksverband des BBW) und der Ehrenvorsitzende Ernst Steinbach (für den Seniorenverband) mit in Ludwigsburg dabei.

Die Zukunft kann jedenfalls kommen, wir im BSBD sind bestens aufgestellt und gerüstet. *als/wok*



Der neue BBW-Vorsitzende Kai Rosenberger im Kreise der BSBD-Teilnehmer: Von links: Georg Konrath, Alexander Schmid, Barbara Reber, Frank Maertins, Kai Rosenberger, Lars Rinklin, Detlef Hamacher und Andreas Rothböck. *Fotos(4): Epler*

BSBD wieder mit dabei

3. Sitzung der AG Moderner Justizvollzug der Regierungsfraktionen

Am 16. November 2017 fanden sich die Mitglieder der AG Moderner Justizvollzug erneut im Landtag zu einer Arbeitssitzung ein.

Eingeladen hatten wie zuvor die Abgeordneten **Jürgen Filius MdL, GRÜNE** und **Dr. Bernhard Lasotta, MdL, CDU**. Erschienen waren auch Vertreter des Staatsministeriums, des Justizministeriums und zahlreicher anderer Institutionen.

Die umfangreiche Tagesordnung sah eine geplante Sitzungsdauer von rund fünf Stunden vor, um ausführlich zu den Themen Medizinkonzeption, Fort-



V.l.: Schmid BSBD, Filius MdL, Zielinski BSBD, Dr. Lasotta MdL. Foto: BSBD-LV

bildungskonzeption, Überlegungen zu einem Resozialisierungsgesetz, islamische Gefangenenseelsorge, wissenschaftliche Studien und Einbeziehung Ehrenamtlicher diskutieren und weitere Planungen konkretisieren zu können.

Intensive Diskussionen

Aufgrund der intensiven Diskussionen mit den Schwerpunkten medizinische Strukturen, Fortbildungskonzepte, islamische Gefängnisseelsorge und Einbeziehung Ehrenamtlicher wurden die verbliebenen Punkte auf die nächste Sitzung der AG im Frühjahr 2018 verlagert. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass diese gründliche und sorgfältige Befassung der AG mit der Entwicklung des Justizvollzuges hin zu einem zukunftsfähigen Bestandteil der Landesverwaltung deutliche Impulse erzielen kann und will.

Fachgruppentagung der Lehrer im JVD in Bettenreute

Zwischen quiekenden Schweinen und muhenden Kühen

Zu einer BSBD-Tagung der Vollzugslehrer am Donnerstag, 12. Oktober 2017 hatte unsere Fachgruppensprecherin – Frau Karin Christeinecke – nach Bettenreute, der landwirtschaftlichen Außenstelle der JVA Ravensburg, eingeladen.

Sehr erfreut waren wir über die Anwesenheit des BSBD-Landesvorsitzenden **Alexander Schmid**, der uns nach der Begrüßungsrunde über seine Tätigkeit und über die Funktion des BSBD innerhalb der Fachgruppe der Lehrer im Vollzug berichtete.

Unter anderem betonte **Alexander Schmid**, welche wichtige Rolle wir Lehrer im Vollzug einnehmen und dass der BSBD sich weiterhin u.a. um folgende Belange einsetzt:

- Der BSBD soll wichtige Verbindung zwischen JuM und Fachgruppe Lehrer herstellen.
- Der BSBD bringt Fortbildungsthemen wie z.B. Deutsch als Fremdsprache, Diagnostik und sonderpädagogische Themenschwerpunkte in die AG Justiz mit ein.
- Der BSBD sorgt für Rücknahme abgesenkter Eingangsbesoldungen.
- Der BSBD setzt sich für eine Deputatsermäßigung älterer Lehrkräfte ein.
- Der BSBD kümmert sich um Beförderungs- und Fortbildungsmöglichkeiten.

Diskussion zur Nachwuchsgewinnung

Anschließend stand zur Diskussion, wie die Nachwuchsgewinnung in der Fachgruppe Lehrer gestaltet werden kann. Ebenso stellte der BSBD-Landesvorsitzende die Frage, ob neben der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Lehrer (BAG) noch weitere Austauschprogramme und Kontakte mit anderen Bundesländern bestünden. Hierzu waren wir uns einig, dass Austausch und Kontakt mit unserem Nach-

barbundesland Bayern hergestellt und gepflegt werden sollen. Nach dieser regen Diskussion begrüßte uns der Ortsverbandsvorsitzende von Ravensburg – Herr **Jochen Donneberg** – und informierte über seine Tätigkeit.

Danach führte Herr **Schnelz** durch den landwirtschaftlichen Betrieb Bettenreute, wo zukünftig eine tiergeschützte Therapie angeboten wird. Wir möchten uns hiermit nochmals bei Herrn **Schnelz** für diese informative und interessante Führung durch diesen idyllischen landwirtschaftlichen Betrieb bedanken. Anschließend fuhren wir in die Hauptanstalt, in der wir ein köstliches schwäbisches Mittagessen zu uns nehmen konnten.

Am Nachmittag begrüßte uns Anstaltsleiter **Thomas Mönig** recht herzlich. Er berichtete uns über den großen Veränderungsprozess in seiner Anstalt, insbesondere was die neue Situation und den Umgang mit den jugendlichen Straftätern betrifft.

Danach hielt Frau **Lea Figilister** einen Impulsvortrag über DAZ – Deutsch als Zweitsprache. Dabei wurde u. a. der Unterschied zwischen DAZ und DAF (Deutsch als Fremdsprache) aufgezeigt sowie die verschiedenen Stufen des europäischen Referenzrahmens dargelegt. Ein herzliches Dankeschön geht hiermit an unsere Lehrerkollegien, die uns zudem noch kreative Unterrichtsideen mitgaben sowie uns noch einige Lehrwerke zur Anschauung bereitstellten.

Ein Rundgang durch die neue Jugendabteilung der JVA Ravensburg beendete die Tagung.

Ein großes Dankeschön geht ebenso an unsere Fachgruppenvertreterin Frau **Karin Christeinecke** und ihren Kolleginnen, die diese Veranstaltung mit viel Herzblut und Engagement organisiert haben. Sehr erfreut waren wir, dass sogar unsere pensionierte Lehrerkollegin aus der JVA Ulm – Frau **Roswitha Dicknöther** (unsere 'Rosi') – an der Tagung teilgenommen hat. *Ute Heger*

Neuer Internet-Auftritt des BSBD-Landesverbandes Baden-Württemberg

Wir haben uns mit unserer Homepage digital neu erfunden – klar gestaltet und zielstrebig geführt – wie wir selbst im BSBD.

Schaut bitte rein mit neuem Zugang, nun auch optimiert für mobile Endgeräte:

www.bsbd-bw.de

Daniel Meurer zum neuen Vorsitzenden gewählt

Jahreshauptversammlung des BSBD-Ortsverbandes Freiburg



Gut besucht: Blick ins Plenum – am Pult Kollege Vogginger.

Fotos(4): BSBD-OV FR

Am 30. November 2017 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg in der Gaststätte Rhodia Stüble in Freiburg statt.

Der 2. Vorsitzende **Mathias Vogginger** konnte 43 Mitglieder und Pensionäre begrüßen. Ganz besonders begrüßte er den Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** vom BSBD-Landesvorstand und er begrüßte ihn zu seinem 100-prozentigen Wahlergebnis beim Delegiertentag in Freiburg.

Desweiteren begrüßte er vom Landesvorstand den Verwaltungsleiter **Peter Zielinski**, den Landeskassierer **Frank Maertins** sowie das neue Vorstandsmitglied **Alexander Rees**. Auch ihnen gratulierte er zu den hervorragenden Wahlergebnissen.

Das Ehrenmitglied **Erich Haag** sowie die anwesenden Pensionäre wurden ebenfalls herzlich willkommen geheißen. Ein weiterer Willkommensgruß galt allen anwesenden aktiven Mitgliedern. Einige Kollegen hatten sich entschuldigt.

Die Versammlung gedachte der verstorbenen Mitglieder **Richard Fackler** und **Alfred Pakusa**; zur Ehrung erhob sich die Versammlung zu einer Gedenkminute.

Anschließend ging man zur Tagesordnung über, welche schriftlich vorlag und genehmigt wurde.

Der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** berichtete über aktuelles vom Landes- und Bundesverband. Zu Beginn des Vortrages bedankte er sich beim Ortsverband für die Unterstützung

zung beim Landesdelegiertentag vom 19. bis 21. Oktober 2017 in Freiburg. Seine weiteren Themen waren:

- Tarif und Besoldungsabschluss 2017/2018,
- Gründung einer AG Moderner Justizvollzug,
- Lenkungsreis Mitarbeiterbefragung,
- Haushalt Justiz 2018/2019,
- Medienpräsenz,
- Reformgestaltung der A-Besoldung,
- Neugestaltung der Erfahrungsstufen,
- Stellenobergrenzen,
- Werkdienstzulage und A 10 im Werkdienst,
- Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage,
- Hebung Anwärtersonderzuschlag u.v.m.



Der 2. Ortsverbandsvorsitzende **Mathias Vogginger** dankte dem BSBD-Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** (s.

Foto) für seinen äußerst interessanten und informativen Bericht mit einem kleinen Weinpräsent – und auch dafür, dass er den weiten Weg nach Freiburg auf sich genommen hatte.

Schriftführerin **Stefanie Hilbertz** musste kurzfristig absagen, da sich der kleine Ole früher als gedacht auf den Weg gemacht hatte. Für sie las **Michael Bank** den Tätigkeitsbericht vor.

Mathias Vogginger bedankte sich bei **Stefanie Hilbertz** für ihre zuverlässige Arbeit und ihre Unterstützung das ganze Jahr hindurch.

Der Kassierer **Philipp Hog** gab einen Überblick zur Kassenlage und zu den Mitgliederbewegungen im vergangenen Jahr. Der OV Freiburg hat mit den Ortsgruppen Lörrach und Waldshut-Tiengen 313 Mitglieder und ist der größte Ortsverband in Baden-Württemberg. Im laufenden Jahr gab es 10 Abgänge, wovon zwei Mitglieder verstorben sind. Im Gegenzug gab es 22 Zugänge im Ortsverband Freiburg.

Auch bei ihm bedankte sich Kollege **Vogginger** für die geleistete Arbeit und das Engagement.

Im Anschluss daran berichtete der 2. Vorsitzende über das Jahr 2017. Am 7. Dezember 2016 fand die letzte Jahreshauptversammlung statt.

Am 7. Februar 2017 nahmen einige BSBD-Mitglieder an einer Protestveranstaltung des BBW in Stuttgart teil, um sprichwörtlich Flagge zu zeigen. Hierbei sei nochmal erwähnt, dass auch die Freiburger Pensionäre sehr rührig sind.

Im März 2017 nahmen die Kollegen **Konrath**, **Bürgelin** und **Vogginger** am Treffen der Landesverbände in Hamburg teil. Die Seminarleitung hatte **Winfried Conrad** vom BSBD-Landesverband Rheinland-Pfalz in bewährter Weise inne.

- Aktuelle Themen wie
- Belegungszahlen/Überbelegungen
 - Beschäftigungszahlen/Stellenabbau
 - Einsparungen bei Besoldung und Versorgung

– Privatisierung usw. wurden von den jeweiligen Teilnehmern vorgetragen und besprochen. Außerdem fand eine Besichtigung der JVA Fuhsbüttel statt.

Mathias Vogginger bedankte sich bei **Winfried Conrad** für die Durchführung der Ländertreffen.

Am 11. April 2017 nahmen die Kollegen **Bürgelin**, **Hog**, **Rees** und **Vogginger** an der Landeshauptvorstandssitzung in Karlsruhe teil.

■ BADEN-WÜRTTEMBERG

Im Berichtszeitraum fanden fünf Vorstandssitzungen statt. Inhaltlich drehte sich fast alles um die Organisation rund um den Delegiertentag. Der Ortsverband Freiburg unterstützte den Landesverband bei der Durchführung des Delegiertentags im Oktober in der Münsterstadt.

Am 14. November 2017 besuchten **BSBD**-Mitglieder aus Rheinland-Pfalz mit ihrem Landesvorsitzenden **Winfried Conrad** im Rahmen eines Seminars die JVA Freiburg. Kollege **Zielinski** sowie einige Mitglieder des Ortsverbandes übernahmen Betreuung und Begleitung der Delegation während ihres Aufenthaltes.

Aufgrund einer Studie des **BBW** zur Gehaltsentwicklung im mittleren Dienst stellten sich am 16. November 2017 zwei Freiburger Kollegen dem **SWR** für ein Interview zur Verfügung.

Berichte der Fachgruppenvertreter

Kollege **Thiel** berichtete für den **AVD** über zwei Tagungen, an denen er teilnahm. Themen waren u.a. Stellenhebungen, materielle Ausstattung, Überstundensituation sowie die Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Vertreter für den Werkdienst, Kollege **Rees**, nahm an zwei Tagungen teil. Themen waren das Positionspapier Werkdienst und Stellenhebungen.

Kollege **Rees** berichtete über ein Treffen der Fachgruppe **WD** mit **LMR Egerer** und Frau **Kiel** im Justizministerium in Stuttgart zu einem Gespräch über den Werkdienst und dessen Zukunftsaussichten.

Der Vertreter für den mittleren Verwaltungsdienst, **Michael Bank**, berichtete über eine bevorstehende Zusatzausbildung, die in mehreren Modulen stattfindet. In der JVA Freiburg wurde ein Ausbildungsplatz möglich gemacht.

Heinz Wintergerst als Vertreter der Ruheständler berichtete über eine gute Zusammenarbeit mit dem Seniorenverband sowie über regelmäßig stattfindende Treffen der Pensionäre.

Im Anschluss an die Berichte bedankte sich **Peter Scherzinger** bei der Vorstandschaft des Ortsverbandes für die geleistete Arbeit in 2017 und beantrag-



Man sieht: die Chemie stimmt – der neue **OW Daniel Meurer**, eingerahmt vom Kollegen **Vogginger** und **LV Schmid**.

te die Entlastung, welche von den Versammelten einstimmig erteilt wurde.

Neuwahl des 1. Vorsitzenden

Unter dem Tagesordnungspunkt 9 stand die Wahl des 1. Vorsitzenden an. Der vom Gremium vorgeschlagene Kollege **Daniel Meurer** wurde einstimmig gewählt und konnte auch gleich die Glückwünsche von **Alexander Schmid** und **Mathias Vogginger** entgegen nehmen – beide freuen sich auf die Zusammenarbeit.



Von links: Die Jubilare und Jubilarin sowie Kollegen **Vogginger**, **Zimmermann**, **Wintergerst**, **Reichenbach**, **Danzeisen**, **Adler**, **Bohr** und **Schmid**.

Meurer ist Personalratsvorsitzender in der JVA Freiburg und ist gespannt auf die neuen Aufgaben, die in der Gewerkschaft auf ihn zukommen.

Anschließend konnten viele langjährige Mitglieder mit Weinpräsenten und **BSBD**-Taschen geehrt werden.

Ehrungen:

Für 25 Jahre Mitgliedschaft:

Karlheinz Berends, Manfred Blust, Maria Bohr, Werner Brucker, Dietmar Giesin, Wendelin Hohler und Jürgen Zimmermann.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft:

Karl Adler, Peter Brosch, Helmut Danzeisen, Karlheinz Jäger, Ingolf Reichenbach, Erich Schüler, Heinz Wintergerst und Heinz Zimmermann.

Für 50 Jahre Mitgliedschaft:

Hans Koch.

Verschiedenes

Unter dem Punkt Verschiedenes bilanzierte das langjährige Vorstandsmitglied **Maria Bohr** die letzten 25 Jahre für den Werkdienst mit einem dicken Minus. Es würden heute wie vor 25 Jahren die gleichen Anträge gestellt – ohne Aussicht auf Erfolg.

Nach diesem dann letzten Tagungsordnungspunkt bedankte sich **Mathias Vogginger** bei allen Anwesenden für ihr Kommen. Beim anschließenden gemeinsamen Abendessen ließ man den Abend mit guten Gesprächen ausklingen.

Mathias Vogginger

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 80 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: ☎ 0800 - 77 88 000



Vermittelt: Karin Jäckel • Am Husalsberg 3 • 30900 Wedemark • Tel. 05130/97572-30 • Fax 05130/97572-59 • E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de



Der Vorstandstisch mit Gästen. Von links: Ralf Schraut, Guido Rauschenberger, Uwe Zielinski, Thorsten Stein, Dietrich Nagel (BB Bank), Christian Jacoby (BB Bank).
Fotos (3): OV MA

Jahreshauptversammlung des BSBD-OV Mannheim

2017 wurden zahlreiche Termine wahrgenommen – 2019 sind Personalratswahlen

Am 21. November 2017 wurde die Jahreshauptversammlung vom Vorsitzenden Uwe Zielinski pünktlich um 16:00 Uhr eröffnet.

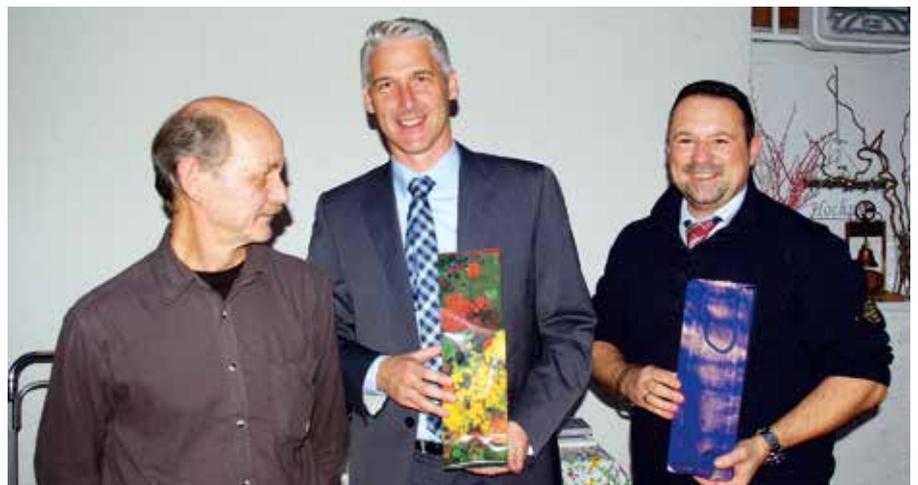
Hierbei begrüßte er unseren Verwaltungsleiter Herrn ORR **Ruland**, sowie die ebenfalls zur Versammlung eingeladenen Gäste der **BB-Bank**, Herrn **Jacoby** sowie den neuen Filialleiter der Filiale Neckarstadt, Herrn **Nagel**. Ebenfalls herzlich begrüßt wurden die zahlreich erschienenen Pensionäre des Ortsverbandes.

Nachdem die Tagesordnung durch die anwesenden Mitglieder genehmigt worden war, übergab der Vorsitzende sogleich das Wort an die Gäste der **BB-Bank**, die sehr kurzweilig über das gesamte Angebotsspektrum ihrer Bank berichteten und spontan sämtliche Fragen aus dem Gremium beantworteten.

Im Anschluss hieran folgten eine Gedenkminute für die verstorbenen Kollegen und dann der Jahresbericht durch den Vorsitzenden.

Kollege **Zielinski** griff in seinem Bericht die Überbelegung der verschiedenen Stockwerke auf und die damit verbundenen Schwierigkeiten mit der derzeitigen Gefangenenklientel.

Ferner sprach er die Situation unserer weiblichen Kollegen an, die vermehrt mit Problemen in Form von Respektlosigkeit ihnen gegenüber zu kämpfen haben. Ebenfalls ein großes Problem sei die Anzahl der Kollegen, die krankheitsbedingt ausfielen und dann ersetzt werden müssten. Um nicht nur negative Angelegenheiten des Strafvollzugs anzusprechen, gab der Vorsitzende einen



Kleine Geschenke – v.l.: Uwe Zielinski, Dietrich Nagel (BB Bank), Christian Jacoby (BB Bank).

kurzen Einblick in die Pressearbeit des BSBD-Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** und die bisherigen Erfolge seiner Arbeit – wie z.B.:

- die Anhebung des Anwärtersonderzuschlags,
- umfangreiche Neustellen (151 Stellen im Doppelhaushalt 2018/19),



OVV Uwe Zielinski mit den Jubilaren Franz Horn und Karl Werner Leithmann (v.l.)

- Bildung einer Arbeitsgruppe mit MdL **Dr. Bernhard Lasotta (CDU)** und MdL **Jürgen Filius (Grüne)** sowie die Teilnahme an einer Landespressekonzferenz, in der die Problematik im Justizvollzug in beeindruckender Weise geschildert werden konnte.

Weiterhin merkte **Uwe Zielinski** an, dass die Öffentlichkeit den Strafvollzug durch eine in den vergangenen Jahren äußerst engagierte Öffentlichkeitsarbeit des Landesvorstandes immer mehr wahrnimmt. So tauchten auch Bezeichnungen wie Schließer oder Wärter nur noch gelegentlich in Zeitungen auf.

Auch der Ausflug am 13. Oktober 2017 nach Heilbronn war wieder ein voller Erfolg und kam sehr gut bei den Kollegen an. Schön fand der Vorsitzende auch, dass bei dem Ausflug viele Pensionäre teilnahmen.

Ein weiterer Punkt, über den berichtet wurde, war der diesjährige 18. Landesdelegiertentag in Freiburg. **Zielinski** informierte die Anwesenden über die dort stattgefundenen Wahlen und deren Ausgang sowie über die gefassten Beschlüsse. Hier wurde insbesondere die neue Beitragsstruktur vorgestellt und erklärt.

Der Vorsitzende schloss seine Rede mit dem Aufruf, sich bereits jetzt schon für die kommenden Personalratswahlen im Jahr 2019 zu interessieren und zu engagieren. In diesem Zusammenhang wurde auch nochmals auf das Ineingreifen von Personalratsarbeit und der Arbeit im **BSBD** veranschaulicht.

Nach den Berichten der Fachgruppensprecher folgte der Kassenbericht des Kassiers. Die Entlastung des Vorstandes wurde von der Mitgliederversammlung im Anschluss einstimmig bestätigt.

Danach wurden Kollegen und Kolleginnen für ihre langjährige Mitgliedschaft im **BSBD** geehrt. Erstmals wurde auch für 15-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Die Jubilare in 2017:

- für 15 Jahre: **Heike Hauk und Nina Schwarm,**
- für 25 Jahre: **Karl Werner Leithmann und Christine Rother,**
- für 40 Jahre: **Jürgen Breunig und Franz Horn,**
- für 50 Jahre: **Johann Flicker, Reinhold Hetzel und Wilhelm Reichert.**

Der Vorstand gratulierte allen Geehrten und bedankte sich für die langjährige Treue. Um 18:30 Uhr schloss Vorsitzender **Uwe Zielinski** die Versammlung, stellte aber natürlich jedem frei, sich anschließend noch in geselliger Runde zusammenzusetzen. *Thorsten Stein*

OV-Bruchsal

Rückblick auf zahlreiche Aktivitäten

BSBD-Mitgliederversammlung am 5. Dezember 2017

Nach der Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Johann Hermann wurde Koll. Michael Schwarz vom Landesvorstand begrüßt. Koll. Schwarz ging auf die Empfehlungen der Expertenkommission ein und hier speziell auf das Thema Stellenhebungen, vor allem in Krankenrevieren, sowie auf die Stellenvermehrung.

Der baden-württembergische Justizvollzug soll im den nächsten beiden Jahren 151 Stellen mehr bekommen. Was die Verteilung der Stellen angeht, konnte er noch keine Angaben machen. Er erläuterte auch das „Null-Toleranz-Programm“ bezogen auf gefährliche Gefangene, das entstanden ist aufgrund der Vorkommnisse in jüngster Vergangenheit. So gab es im Jahr 2016 27 Übergriffe auf Beamte mit teilweise

und nahm auch teil an der **BSBD**-Landeshauptvorstandssitzung im April im Gebäude der **BGV**-Versicherung in Karlsruhe.

Am 29. Juni 2017 fand das Grillfest statt. Johann Hermann bedankte sich bei allen Helfern sowie bei allen Teilnehmern für das Gelingen des Grillfestes, jedoch hätte er sich eine noch größere Beteiligung gewünscht. Auch sprach er den gelungenen Delegiertentag in Freiburg an, bei dem der **OV-Bruchsal** mit sieben Mitgliedern sehr gut vertreten war.

Als Gast war Herr **Zeiß** vom Vorsorgewerk **dbb** eingeladen. Das **dbb Vorsorgewerk** als Serviceeinrichtung des **dbb** Beamtenbundes und Tarifunion offeriert den Mitgliedern der 43 Fachgewerkschaften und der 16 Landesbünde, die unter dem Dach des **dbb** zusammengeschlossen sind, besonders



Teilnehmer der Mitgliederversammlung des OV-Bruchsal.

Foto: BSBD-OV BR

schwerwiegenden Folgen. Den Ausbau des Bildungszentrums Justizvollzug hob Koll. **Schwarz** ebenfalls kurz hervor. Bezogen auf die Mitarbeiterbefragung teilte er mit, dass die Umsetzung der Ergebnisse durchaus langfristig sein kann. Angestellte im AVD sollen zukünftig ein einheitliches Mindestmaß an Ausbildung erhalten, wobei die Befugnisse der Angestellten ein Streitthema darstellten.

Anschließend gab der OV-Vorsitzende einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Nach den Neuwahlen im Dezember 2016 wurden bei der ersten Vorstandssitzung am 10. Januar 2017 die Aufgaben der Vorstandschaft neu verteilt. Der **OV-Bruchsal** hatte im vergangenen Jahr vier Vorstandssitzungen

günstige und attraktive Mehrwertangebote.

Dabei ist das Vorsorgewerk seit seiner Gründung 2002 der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Belange der Mitglieder als satzungsgemäßem Auftrag des **dbb** verpflichtet. 220.000 Mitglieder sowie deren Angehörigen haben sich für die mit speziell ausgehandelten Beitragsnachlässen sowie zahlreichen Leistungs- und Servicevorteilen ausgestatteten Angebote entschieden.

Viele Tarife werden immer wieder mit Bestnoten ausgezeichnet. Die Partner des **dbb Vorsorgewerk** sind besonders ausgewählte Unternehmen, die schon vom Grunde her mit sehr leistungsstarken Angeboten überzeugen

und darüber hinaus eine besondere Verbundenheit zum öffentlichen Dienst mit sich bringen, so **Carsten Zeiß**.

Anschließend folgten der Bericht des Kassenprüfers sowie ein Gedenken an verstorbene Kollegen mit einer Schweigeminute.

Wolfgang Reichert informierte die Mitglieder, dass **Sylvia Lange** von der Vorstandschaft des OV-Bruchsal beim Delegiertentag in Freiburg einstimmig als weitere Kassenprüferin für den Landesvorstand gewählt worden ist.

Weiterhin sprach **Wolfgang Reichert** dem Vorsitzenden **Johann Hermann** Lob und Anerkennung aus, auch für seinen Verbleib beim OV-Bruchsal in seiner Funktion als Ortsverbandsvorsitzender, obgleich er auf eigenen Wunsch in die Außenstelle Kislau versetzt wurde.

Abschließend erfolgten die Ehrungen für 25-, 40-, und 50-jähriger Mitgliedschaft im **BSBD**. Die Ehrungen wurden vom Vorsitzenden **Johann Hermann** vorgenommen.

Im Einzelnen wurden geehrt:

– für 25 Jahre Mitgliedschaft:

Werner Simon, Anja Kettenbach, Helmut Stahl, Siegfried Gerhard, Jürgen Murrweiß.

– für 40 Jahre Mitgliedschaft:

Peter Konrad, Klaus Dieter Redmer, Friedbert Oberst.

– für 50 Jahre Mitgliedschaft:

Heinz Becker, Wilhelm Gottmann, Heinz Phaler.

Willkommen beim dbb verlag

Der **dbb verlag** ist der Fachverlag des **dbb beamtenbund und tarifunion**.



Unsere Publikationen sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen

Dienstes längst unentbehrlich. Themen wie Personalvertretungsrecht, Besoldung oder Laufbahnrecht werden von unseren Experten sorgfältig bearbeitet und kompakt und verständlich zusammengefasst. Geschätzt wird vor allem die Aktualität, die Sorgfalt und fachliche Kompetenz, die unsere Produkte kennzeichnen – auch über den Preis lässt sich nicht streiten.

www.dbbverlag.de

Friedrichstraße 165, 10117 Berlin
Telefon: 030 / 726 19 17-0
Telefax: 030 / 726 19 17-40
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Besuch bei RHEIN-NECKAR-LÖWEN

OV Offenburg bei der Handball-Bundesliga



Bei der Tombola des Landessportfestes 2017 in Offenburg hat unser Kooperationspartner – die BGV-Versicherung – Eintrittskarten für das Spiel der Rhein-Neckar-Löwen gegen den THW Kiel verschenkt und zu diesem Spitzenspiel eingeladen.

Für beste Stimmung und spannende Unterhaltung war am 7. Spieltag zum 1. Oktober 2017 in der Rhein-Neckar-

Halle wie gewohnt gesorgt. Unsere nordbadischen Handball-Asse haben in einem wahren Handballkrimi die Spitzensportler aus dem hohen Norden mit 30 zu 28 Toren knapp besiegt – aber: gewonnen ist gewonnen! So konnten Kollegen und Angehörige bestens gelaut den grauen Arbeitsalltag vergessen und diesen gegen ein Top-Event der Handball-Bundesliga tauschen. Nochmals herzlichen Dank an die BGV!

Volker Dietzel seit 50 Jahren Mitglied im BSBD

Gründungsmitglied des Ortsverbands Offenburg

Für seine 50-jährige Mitgliedschaft im **BSBD** wurde **Volker Dietzel** durch den Vorsitzenden des Ortsverbands Offenburg **Boris Rexter**, sowie durch den **BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid** beim 18. Landesdelegiertentag in Freiburg geehrt.

Als Gründungsmitglied des **BSBD**-Ortsverbands Offenburg sowie als dessen langjähriger und sehr engagierter Vorsitzender ist **Volker Dietzel** noch heute als Beisitzer für die Pensionäre des **BSBD**-Ortsverbands Offenburg tätig. Kollege **Dietzel** gehörte auch eine Reihe von Jahren dem Landesvorstand des **BSBD** Baden-Württemberg an. 1988 wurde er in Offenburg zum stellv. Landeskassier gewählt und er hatte diese Funktion – an der Seite von **Erich**

Haag – bis zum Delegiertentag 2000 inne.

Beim damaligen Delegiertentag in Schwäbisch Hall übernahm er dann die Position eines stellvertretenden Landesvorsitzenden bis zum darauffolgenden Delegiertentag.

Für all diese ehrenamtlichen Tätigkeiten im **BSBD** sprechen wir **Volker Dietzel** unseren herzlichen Dank und hohe Anerkennung aus.



Von links: OV-Vorsitzender **B. Rexter**, Jubilar **V. Dietzel** und Landesvorsitzender **A. Schmid**.

Foto: **BSBD-OV OG**

Einer für Alle.

dbb

dbb

Werben Sie für Ihre
Fachgewerkschaft ...

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

... und der dbb belohnt Sie mit
einem Wertscheck und verlost
unter allen Werbern zusätzlich
einen attraktiven Sonderpreis.

(Aktionsschluss: 28. Februar 2019)

Infos:

www.dbb.de/mitgliederwerbung

Telefon: 030. 4081 - 40

Fax: 030. 4081 - 5599

E-Mail: werbeaktion@dbb.de



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

dbb
WERBEAKTION

2018